

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich A. Meißnerfeld, Magdeburg. Verantwortlich Einzelgenosse für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe u. 27 mm Breite lokal 13 Pf., ausw. 15 Pf., Familienangelegenheiten u. Stellen für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlengasse 8 Pf., Vereinskalender 1 mm Höhe 25 Pf., Ankündigung 1 mm Höhe und 80 mm Breite lokal 75 Pf., auswärts 90 Pf. - Fernsprecher Amt Norden 2881 bis 2885, Nachruf (ab 19 Uhr) 2891 bis 2895. - Postzustellung: Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Einzelgenossen unterer Seite 210. - Verkaufspreis: Monatslich 2.80, zweiwöchentlich 1.10, Abholer 2.00 Mk. Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. Text 3/4% Aufschlag. Für Platzverleihen keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 123 Magdeburg.

Nr. 46

Sonnabend den 23. Februar 1929

40. Jahrgang

Parteitag am 26. Mai

Beschluß des Parteiausschusses

Berlin, 22. Februar. Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei, der auf heute einberufen war, um zu dem Vertagungsantrag der Magdeburger Parteiorganisation Stellung zu nehmen, hat nach über 3tündiger Beratung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Parteiausschuss nimmt die Gründe zur Kenntnis, die die Magdeburger Parteiorganisation im Interesse eines guten Verlaufs des Parteitags veranlaßt haben, eine Vertagung zu veranlassen. Er legt jedoch entscheidendes Gewicht auf die politischen Gründe. In der zweiten Märzhälfte ist der Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen zu erwarten. Reichstag und Reichsregierung können in diesen Tagen gezwungen sein, zu wichtigen Entscheidungen Stellung zu nehmen. Ferner läßt die Rücksichtnahme auf die Förderung der Staatsverträge die Vertagung des Parteitags auf Mai wünschenswert erscheinen.

Demgemäß ist beschlossen worden, den Beginn des Parteitags auf den Sonntag nach Pfingsten, den 26. Mai, in Aussicht zu nehmen.

Die „Volksstimme“ hat in ihrer Nummer vom Mittwoch mitgeteilt, daß vom Magdeburger Parteitagskomitee eine Vertagung des Parteitags beim Parteivorstand vorgeschlagen worden sei. Als Grund wurden die außergewöhnlichen klimatischen Verhältnisse, insbesondere die Hochwassergefahr angegeben. Die kommunistische Presse sagt dazu, diese Begründung sei Schwindel, weber die Kälte noch die Hochwassergefahr habe den Vertagungsantrag ausgelöst, sondern der Wunsch des Parteivorstandes, für die Überwindung politischer Schwierigkeiten Zeit zu gewinnen. „Man kann sich denken, wie außerordentlich willkommen die klimatischen Verhältnisse“ der S. P. D.-Führung sind. Man braucht noch längere Zeit, um die Massen weiter für den Kriegs- und Koalitionskurs der S. P. D. einzuführen.“ So schreibt die „Zeitung“. Es ist ihre Aufgabe, in jeder sozialdemokratischen Maßnahme Schwindel oder Verräterei zu sehen, darum bleibt es weitesten politischen Kreisen höchst gleichgültig, was sie in diesem Falle entdeckt hat. Deutschnationale Blätter schreiben ähnlich. Sie haben die gleichen Aufträge zu erfüllen.

Anderes ist es zu beurteilen, wenn sozialdemokratische Parteiblätter ganz in der Art der kommunistischen und deutschnationalen Presse den Vertagungsantrag kommentieren. Unser Zwickauer Parteiblatt, das „Sächsische Volksblatt“, glaubt folgende Sätze verantworten zu können:

Wir wollen ganz offen reden: Nach unserer Meinung wird hier der Versuch gemacht, die grundsätzliche Entscheidung der Partei zur Wehrfrage hinauszuzögern, bis die Koalitionsverhandlungen, die nicht vom Flecke kommen wollen, im Sinne unserer Parteiführung mit der Bildung der Großen Koalition beschlossen worden sind!

Die überraschende Resonanz, die die mutige und unzweideutige militärfreundliche Einstellung der Partei-Einigen in der Gesamtpartei gefunden hat, ließ offenbar bei unseren Ministern und in der Parteiführung das Schreckbild eines grundsätzlichen Bekenntnisses des Magdeburger Parteitags gegen Reichswehr und was drum und dran entfiel. So glauben diese Genossen, alle Koalitionshoffnungen fahren lassen zu müssen, wenn der Magdeburger Parteitag vor Abschluß der jetzigen Regierungsstrife tagen könnte.

Im übrigen: uns selbst könnte im Interesse einer weiten Verbreitung der Gedankengänge der Opposition in der Partei, deren Werkkraft sich in den letzten Wochen so eindrucksvoll erwies, die Vertagung des Parteitags nur recht sein.

Origineller und politisch bedeutungsvoller als die kommunistischen und deutschnationalen Unterstellungen sind die Zwickauer auch nicht; es wäre insofern kein Grund gegeben, darauf besonders einzugehen. Aber es handelt sich hier, wie gesagt, um ein Blatt der Sozialdemokratischen Partei, darum seien diese kurzen Anmerkungen gemacht:

Es wäre selbstverständlich möglich, trotz Winterkälte und Hochwasser den Delegierten Unterkunft in Magdeburg zu verschaffen. Sie würden weder erfrieren noch ertrinken. Und wenn die Opposition ihren großen Kampf durchaus in der zweiten Märzwoche in Magdeburg führen will - was den Zwickauer Freunden anheimend das wichtigste ist - dann braucht das auch nicht unbedingt durch Frost und Wasser zum Fiasko zu werden. Die Magdeburger würden dafür sorgen, daß die Genossen warm und trocken seien. Aber die Magdeburger hatten keineswegs den Auftrag, eine Diskutierwoche für Theoretiker vorzubereiten, sondern einen Parteitag der größten deutschen Partei und ein Parteitreffen.

Der Parteitag soll kein Konzil der Prominenten werden. Arbeiter aus Magdeburg, aus der Börde, aus den Städten des Harzes, aus dem Jerichower Land, aus der Altmark, aus

Anhalt und Braunschweig und andern Nachbarbezirken sollen dabei sein. Die Männer, die Frauen, die Jugend, die Kinder. Und die Sozialdemokraten aus dem Bezirk, die nicht in der Lage sind, nach Magdeburg zu fahren, die sollen sich zumindest unmittelbar beteiligt fühlen an der großen sozialdemokratischen Kundgebung in der Provinzhauptstadt. Dieser Parteitag ist im März nicht möglich! Aus materiellen und psychologischen Gründen undenkbar!

Für die Genossen, die das Land um Magdeburg nicht kennen, müßte die Lektüre eines Schulbuches genügen, um zu erkennen, was im Stromgebiet der Mittelelbe ein Frühjahrshochwasser nach anhaltendem Froste bedeutet. Für Hunderte von Städten und Dörfern ist es ein Kampf um Leben und Tod. Von Dessau bis nach Savelberg liegt das flache Land von der Natur fast ungeschützt den Fluten preisgegeben. Welchen unzulänglichen Schutz die von Menschenhand geschaffenen Dämme gewähren, das haben die Menschen in der Ernüchterung schon oftmals und bitter erfahren müssen. Die Genossen, die in dem Vertagungsantrag politische Gründe sehen, sollten jetzt einmal Elbböcker und kleine Elbstädte durchwandern, sollten sich erkundigen, was jetzt das ganze Denken der Menschen beherrscht, die jeden Tag die Eiswüste sehen im Strombett der Elbe und wissen, was geschieht, wenn in diesen erstarren Gebirge ein unheimliches Leben kommt

und unter glühender Decke hervor die Wellen springen, ungeschützt, grausam, vernichtend! Es würde jedem klar, wie stark die elementaren, meteorologischen Gründe sind, die dazu führten, die Vertagung vorzuschlagen.

Unstre Leute, unsere Genossen sind davon betroffen. Der Frost hat vielen Tausenden schon die Arbeit aus der Hand genommen, sie leiden wirtschaftliche Not, das Hochwasser bringt ihnen neue Gefahren. Es könnte sein, daß sie auf brechenden Dämmen im furchtbaren Kampfe mit den Fluten stehen, in dessen ihre Führer in Magdeburg - diskutieren. Es wäre in solchen Tagen für die Arbeiter nur ein Diskutieren in fremdem Kreise. Aber es soll ein geistiges Ringen sein, an dem sie innerlich Anteil nehmen können. Zu dieser Anteilnahme muß ihnen die wirtschaftliche und psychologische Möglichkeit gegeben sein. Darum soll der Parteitag nicht in diese Zeit gerückt werden, die ungeheure Naturgewalten entseelt und alles Leben zusammenpreßt, erstarrten läßt.

Was für die Genossen im Magdeburger Land zutrifft, gilt für die Parteigenossen im ganzen Reich, die an großen Stromläufen wohnen. Sie werden sich verzweifelt wenig darum scheuen, was die führenden Genossen in der Magdeburger Stadthalle erörtern, diskutieren und beschließen, wenn sie selbst einen Kampf auf Leben und Tod führen. Es ist nicht gut vorstellbar, daß sie irgendwelchen Denkbauwerken, die am Vertagungstisch aufgestellt werden, großes Interesse entgegenbringen, wenn ihr eigenes Wohnhaus vom Wasser umtost ist. Zu solcher Zeit einen Parteitag abhalten, beweist mindestens sehr viel Lebensfremdschaft.

Streit zwischen Volkspartei und Zentrum

Im Reich und in Preußen

Zentrum und Deutsche Volkspartei können sich nicht einig werden: über die Umbildung der Reichsregierung nicht, weil sie um die Sitze in Preußen raufen und in Preußen nicht, weil sie sich im Reich verdrängt haben. Wie wir gestern kurz mitteilen befaßte sich die Fraktion der Volkspartei des Preussischen Landtages am Donnerstag mit dem Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten, sich mit einem Fachminister und einem Minister ohne Portefeuille an dem Preussenkabinett zu beteiligen. Die Fraktion nahm den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten jedoch nicht an. In einem von ihr herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß die Volkspartei auf zwei Fachminister bestehen müsse. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obwohl sich Stresemann für die Annahme des von ihm dem preussischen Ministerpräsidenten unterbreiteten Vorschlages eingesetzt hatte.

Wie sich die Dinge schließlich gestalten werden, ist vorläufig noch ungewiß. Stresemann hat den Vorstand seiner Partei einberufen, um dort die innenpolitische Lage und im Zusammenhang damit den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Der Ausgang dieser Sitzung dürfte auf den weiteren Gang der Verhandlungen nicht ohne Einfluß sein. Aber wie dem auch sei: Sicher ist, daß die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages für den Fall einer Umbildung auf ein drittes Ministerium bestehen wird.

Im Laufe des Donnerstags hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit Vertretern der in der Regierung vertretenen Parteien. Außerdem war ein Zentrumsvorsteher anwesend. Der Reichskanzler wies auf die zahlreichen Anträge hin, die von Regierungsparteien in der letzten Zeit eingebracht wurden, ohne daß die Parteien untereinander. Für ihn genommen hatten. Es handle sich dabei nicht nur um die Anträge zur Sozialversicherung, sondern auch um Kleinrentner- und Siedlungsanträge. Alle Anträge erforderten neue Ausgaben, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden können, da Sparsamkeit dringend notwendig sei. Die Parteien nahmen von diesen Darlegungen Kenntnis. Zu irgendwelchen Vereinbarungen oder Beschlüssen ist es nicht gekommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Donnerstagabend u. a. einen Bericht ihres Vorsitzenden, des Abgeordneten Stegerwald, über die politische Lage entgegen. Es wurde festgestellt, daß eine Änderung nicht eingetreten ist.

Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei an den preussischen Ministerpräsidenten Braun, das Zentrum möge sich mit zwei Fachministern und einem Minister ohne

Portefeuille, der der Reichsregierung angehört, begnügen, wurde lediglich zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme zu diesem Vorschlag ist Sache der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages.

Die „Germania“ lehnt diesen Vorschlag ab, indem sie schreibt: „Die Zentrumsfraktion des Landtages hatte am Donnerstagabend zwar keine Gelegenheit, sich mit dem Ergebnis der Unterredung zu befassen, die zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und den volksparteilichen Unterhändlern stattfand. Aber nach Lage der Dinge kann heute schon gesagt werden, daß sie keine Neigung verspüren wird, auf den volksparteilichen Gegenvorschlag einzugehen. Der vom Ministerpräsidenten Braun im Einverständnis mit den preussischen Regierungsparteien gemachte Vorschlag war geeignet, eine faire Regelung der strittigen Fragen herbeizuführen. Wenn die Volkspartei auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt, dann wird sie eben auf eine Beteiligung an der preussischen Regierung verzichten müssen.“

Vorläufig gecheitert

Berlin, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hat heute den volksparteilichen Gegenvorschlag, wonach das Zentrum sich mit zwei Ressortministern und einem Reichsminister ohne Portefeuille im preussischen Kabinett einverstanden erklären möge, abgelehnt.

Ministerpräsident Otto Braun betrachtet damit seine Bemühungen um die Herbeiführung der Großen Koalition vorläufig als gescheitert.

Das Wort hat nunmehr die am späten Nachmittag zusammengetretene Sitzung des Reichsvorstandes der Deutschen Volkspartei, die eventuell die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei veranlassen könnte, ihrerseits die Initiative zu neuen Vorschlägen zu ergreifen.

Entspannung in Wien

Eine im Wiener Polizeipräsidium abgehaltene Besprechung mit den Beamten der für kommenden Sonntag angekündigten Zusammenkunft des Genetatschusses und des Republikanischen Schutzbundes hat zu einer wesentlichen Entspannung geführt. Die beiderseitigen Veranstalter betonten mit allem Nachdruck, daß die Führer ihren ganzen Einfluß aufbieten werden, um in ihren Reihen strengste Disziplin zu wahren. Das wichtigste Moment aber ist, daß die Leitung des Genetatschusses der Anordnung der Polizeidirektion Rechnung getragen und auf den Vorbeimarsch am Laufe der „Arbeiter-Zeitung“ verzichtet geleistet hat, allerdings unter der Bedingung, daß die Gegenseite ihrerseits den Vorbeimarsch an dem Laufe der „Reichspost“ unterläßt. Diese Zusage wurde von den Führern des Republikanischen Schutzbundes gemacht.

Die Volkspartei „spart“

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag zur Frage der Gestaltung des Reichshaushalts folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden.
 2. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 380 Millionen zu entlasten.
- a) Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Abstriche im ordentlichen Haushalt 1929 zu sparen.
- b) Angesichts der Finanznot des Reiches und der Ueberlastung der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte Sparsamkeit unabwiesbar. Wir halten es für unbedingt erforderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften zustehenden Beträge aus den Ueberweisungssteuern nicht nur um die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2600 Millionen. Da eine Erhöhung der Realsteuern dem Zwecke der Sparmaßnahmen widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche Erhöhungen zu treffen.

3. Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Gleichstellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privatwirtschaft.

Es ist eine starke Zumutung der Deutschen Volkspartei an die Öffentlichkeit, an den Ernst ihres Beschlusses zu glauben. Denn noch in diesen Tagen hat sie die Reichsregierung aufgefordert, ein Kleinrentnerverordnungs-gesetz vorzulegen, dessen Kosten auf Hunderte von Millionen Mark jährlich geschätzt werden. Außerdem trat sie noch in den letzten Tagen dafür ein, daß Subventionen an Industrieunternehmen in Höhe von etlichen 20 Millionen bewilligt werden.

So sieht die Einleitung einer großen „Sparaktion“ aus! Man kann insgedessen wohl ohne weiteres annehmen, daß die Forderung der Deutschen Volkspartei nach W-Strichen in Höhe von 200 Millionen nichts anderes bedeutet als eine Verfüzung der für soziale Zwecke im Etat vorgeesehenen Mittel. Dieselbe Wirkung aber würde die Durchführung der volksparteilichen Forderung haben, das Reichsdefizit durch eine wesentliche Kürzung der Länder und Gemeinden zustehenden Beträge zu decken. Auch die Einführung der Steuerpflicht für öffentliche Unternehmungen geht auf Kosten der Länder und Gemeinden und der Masse der Bevölkerung. Wenn die Deutsche Volkspartei fordert, daß der Haushalt ohne neue Steuern ausgeglichen werden muß, so wollen wir ihr durchaus nicht im Wege stehen, sobald sie zeigt, wie das gemacht werden kann. Auf den Wegen, die in ihrem Beschluß angedeutet werden, geht das nicht, und wir können uns nicht vorstellen, daß eine Einigung über den Etat möglich ist, wenn die Deutsche Volkspartei auf diesen Forderungen besteht.

Auch die Sozialdemokratie wünscht, daß im Reichshaushalt Ersparnisse gemacht werden, aber nicht auf Kosten der Fürsorge für diejenigen Volksschichten, deren Arbeitsfähigkeit und Existenz nur durch die Unterstützung der Allgemeinheit zu erreichen ist. Jede antisoziale Sparmaßnahme wird bei der Sozialdemokratie auf Widerstand stoßen. —

Schutz der Totenruhe

Der Straßengesetzschuß des Reichstags beendete am Donnerstag die Beratung der Strafbestimmungen gegen die Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe. Gefängnis oder Geldstrafe droht § 181 des Gesetzes demjenigen, der den Gottesdienst einer Religionsgesellschaft mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt verhindert und wer absichtlich den Gottesdienst einer Religionsgesellschaft durch Erregen von Lärm oder Unordnung oder auf andre Weise stört. Der Antrag der Zentrum, das Wort „absichtlich“ zu streichen, wurde abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag, das Wort „absichtlich“ zu streichen, wurde abgelehnt.

Die Kommunisten beantragten in einem Zusatz, die freidenkerischen Bestattungsfeiern entsprechenden Bestattungsfeiern ebenfalls unter den § 182 fallen zu lassen.

Dr. Rosenfeld (Soz.) stellte fest, daß im Gesetz freidenkerische Bestattungsfeiern den andern gleichgestellt werden. Er forderte die Kommunisten deshalb auf, ihren Antrag zurückzuziehen, damit nicht durch die Ablehnung eine gegenwärtige Rechtsprechung möglich werde.

Abg. Kahl erklärte als Vorsitzender des Ausschusses mit dessen Zustimmung, daß in der Tat die freidenkerischen Bestattungsfeiern bereits durch den Regierungsvorschlag geschützt würden. Trotzdem beharrten die Kommunisten auf ihrem Antrag, der alsdann abgelehnt wurde.

Wenn später bei der Handhabung des Gesetzes eine Rechtsprechung Platz greifen sollte, die für freidenkerische Bestattungsfeiern ungünstig ist, so ist das lediglich die Schuld der Kommunisten. —

Der beleidigte Amtsgerichtsrat Weinert

Der verantwortliche Redakteur des sozialdemokratischen „Salberstädter Tageblattes“, Artur Wolfenbühler, wurde am Donnerstag wegen Beleidigung des deutschnationalen Amtsgerichtsrats Dr. Rudolf Weinert (Wernigerode) zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der deutschnationale Amtsgerichtsrat veröffentlichte vor nicht allzu langer Zeit eine Broschüre „Von der politischen Freiheit in der deutschen Republik“, in der gegen die Richter des Großen Disziplinarenats beim Kammergericht schwere Vorwürfe erhoben wurden, die von der sozialdemokratischen Presse und von dem Salberstädter Organ der Sozialdemokratie aufgegriffen wurden. Weinert behauptet jetzt, daß er nicht dem gesamten Richterstand Verleumdung habe vorwerfen wollen. Er habe vielmehr lediglich an einige unerfreuliche Erscheinungen gedacht, die sich nach der Revolution eingestellt haben.

In der Begründung des Urteils heißt es, daß der deutschnationale Amtsgerichtsrat keinesfalls den Richterstand beleidigt habe. Aus den aus dem Zusammenhang der Broschüre gerissenen Sätzen könne es zwar solingen, in der Broschüre selbst aber komme die größte Hochachtung vor dem Richterstand zum Ausdruck. Diese Sätze aber habe man nachweislich unterschlagen. Mit den „Sum-

Aus der Gefahrenzone



„Zu Frühjahr wird Hochwasser erwartet.“
„Macht nichts, da sind wir längst in Italien.“

pen“ habe Dr. Weinert nur diejenigen Beamten gemeint, die vor ungebildeten Menschen, die durch die Revolution emporgetragen wurden, kackbuckelten, um bessere Ämter und Posten zu ergattern. Diese Art von Beamten dürften von Weinert mit Recht als „berjude“ bezeichnet werden. Die objektiven Richter könnten sich durch eine derartige Kennzeichnung nicht getroffen fühlen. Der im „Salberstädter Tageblatt“ erschienene Artikel enthalte andererseits nicht nur unwahre Tatsachen, sondern auch formelle Beleidigungen. Das Gericht leistete sich diese Feststellungen, obwohl Erzberger in der Broschüre des deutschnationalen Amtsgerichtsrats als „Salunke“, „Lump“, „gewissenloser Verbrecher“ usw. bezeichnet wird. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden. —

Die Sachverständigen

Paris, 22. Februar. Die Sachverständigen-Konferenz hat am Donnerstag keine Sitzung abgehalten, weil der am Dienstag eingesetzten Fünferkommission Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Beratungen zu Ende zu führen und der Konferenz konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Wenn auch über die einzuschlagende Prozedur eine restlose Einigung noch nicht erzielt ist, so hat doch die Diskussion in den letzten 24 Stunden nicht unbeträchtliche Fortschritte gemacht.

Den deutschen Delegierten ist es gelungen, den von ihnen vertretenen Standpunkt zur Geltung zu bringen, daß man unmöglich auf dem Wege des Ruhhandels zu einer Festlegung der deutschen Zahlungsverpflichtung gelangen kann und es deshalb keinen Zweck hat, schon jetzt bestimmte Ziffern in die Debatte zu werfen. Die Konferenz hat sich demgemäß, wenigstens im Prinzip, mit der von den Deutschen empfohlenen Methode einverstanden erklärt, die durch eine vorherige Klärung aller für die Höhe der deutschen Leistungen maßgebenden Faktoren die Entscheidung vorbereiten will.

Man ist ferner darüber einig geworden, als wichtigste von diesen Vorträgen das Transferproblem und den im Dawesplan vorgesehenen Wohlfahrtsindex in Angriff zu nehmen. Um Zeit zu sparen, ist die ursprünglich nur mit Prozedurfragen befaßte Fünferkommission, der unter Ausschluß Amerikas und Japans die europäischen Länder angehören, ersucht worden, sich auch dieser Aufgabe zu unterziehen. —

„Klassenbewußtsein“

Das kommunistische Organ in Breslau hatte die Behauptung aufgestellt, daß von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Parteiorganisation in Wolfenbüttel in Schlesien fünf Mann wegen gemeiner Verbrechen reif für den Staatsanwalt wären.

Einer der Verleumdeten strengte Privatklage gegen den kommunistischen Redakteur an. Der Verleumder bettelte in einem Schreiben um Gnade; in einem zweiten Schreiben appellierte er an das Klassenbewußtsein des Verleumdeten und bat, man möchte den Fall „nicht erst vor den Klassenrichter“ schleppen. Der Verleumder gab nicht nach und nun erhielt er einen dritten Brief, in dem ihm der Verleumder „jedes Stückchen von Klassenbewußtsein“ absprach.

Diese Burschen reben noch von Klassenbewußtsein! Das allein echte Klassenbewußtsein besteht also darin, daß ein Kommunist einen Sozialdemokraten dreißig Verleumdungen, daß aber der Sozialdemokrat sich nicht wehren darf! —

Trotski

Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion lege ich im Anschluß an die Presse-meldungen, wonach das Kabinett über eine Einreise-erlaubnis des Russen Trotski Beschluß fassen wird, gegen die Erteilung der Einreiseerlaubnis Einspruch ein. Nach den Erfahrungen, die hinsichtlich des Einflusses russischer kommunistischer Führer auf die inländische revolutionäre Bewegung gemacht worden sind, ist anzunehmen, daß durch den Aufenthalt Trotskis und durch seine Tätigkeit in Deutschland die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden würde.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu diesem Brief: Ein wirkliches Interesse an der Zurückweisung Trotskis hat lediglich die Zentrale der kommunistischen Partei, dagegen stellt das

Schreiben Westarps nur einen plumpen Versuch dar, im trüben zu fischen.

Trotski richtete an den Vertreter der kommunistischen Opposition in Paris, Boris Suwarin, ein Telegramm, in dem er bittet, ihm die Möglichkeit der Einreise nach Frankreich zu verschaffen. Die französische Regierung verhält sich gegenüber dem Ersuchen Trotskis um Einreise nach Frankreich völlig ablehnend. Ein offizielles Gesuch dürfte deshalb von Trotski erst gar nicht gestellt werden. —

Die Artillerie wehrt sich

Wb. London, 22. Februar. (Privatmeldung.) „Daily Express“ berichtet aus Hendaye an der französisch-spanischen Grenze:

Die Durchführung des königlichen Dekrets, durch das auf die Forderung des Generals Primo de Ribera hin der König von Spanien das Artilleriekorps auflöste, hat eine neue Bedrohung für den Frieden des Landes geschaffen. Infanterieoffiziere in Sevilla, die den Befehl erhalten hatten, die Verwaltung der örtlichen Artillerie-Akademies zu übernehmen, wurden plötzlich von Kadetten und jüngeren Offizieren der Schule angegriffen und eine Anzahl von ihnen wurde ernstlich verletzt. Die Infanterie-Kommandeure befaßten das Feuer auf die Artillerieoffiziere zu eröffnen, aber die Soldaten weigerten sich, dem Befehl nachzukommen und setzten ihre Offiziere in den Kasernen gefangen, wo sie lange Zeit verblieben, bis sie von Mitgliedern der örtlichen Polizeitruppen befreit wurden, die strategische Stellungen eingenommen hatten und denen es schließlich gelang, die Ordnung wiederherzustellen.

Endgültige Nachrichten aus andern Teilen des Landes können nicht beschafft werden, aber es verlautet, daß ähnliche Zwischenfälle in zahlreichen Bezirken vorgekommen seien. Die Nachrichten werden durch eine strenge Zensur, die von der Regierung errichtet worden ist, abgefangen.

Eine Kabinettsitzung fand gestern statt, um die Lage zu erwägen. Der Ernst der augenblicklichen Lage tritt in einer Mitteilung des „Journal von Madrid“ zutage, das der Diktatur des Generals Primo de Ribera stets günstig gesinnt war. Diese Zeitung besteht darauf, daß angesichts des Ernstes der Lage der König beschließen solle, Sanchez Guerra, der augenblicklich ein Gefangener ist, zur Macht zurückzurufen. Dies würde — dem Korrespondenten des „Daily Express“ zufolge — das Ende des Regimes Primo de Riberas bedeuten. —

Hungersnot in China

London, 22. Februar. (Signer Drahtbericht.) Der Vertreter des internationalen Komitees zur Beseitigung der Hungersnot in China hat einen erschütternden Bericht über die Zustände in der Provinz Schansi erhalten. In dem Bericht wird erklärt, daß die Bevölkerung dieses Gebiets vollkommen von Lebensmitteln entblößt ist. In einem Distrikt haben hundert Familien Selbstmord begangen, um nicht Hungers sterben zu müssen. In ganzen Bezirken findet man kaum noch ein einziges Tier, da alle geschlachtet und vertilgt worden sind. In den meisten Ortschaften ist kein einziges Korn Getreide mehr aufzufinden. Die Bewohner mahlen getrocknetes Gras, um davon eine Art Brot zu kochen. Da Wintergetreide nicht ausgefaßt wurde, ist auch keine Ernte im Frühjahr zu erwarten. Die Hungersnot erstreckt sich auf ein Gebiet mit einer Bevölkerung von etwa hunderttausend Personen. —

Notizen

Böllische Friedhofsgräber mit Bestrafung. Ein mildes Urteil fällt das Gladbecker Jugendgericht gegen zwei jugendliche böllische Randalis, die auf dem dortigen jüdischen Friedhof eine Anzahl Grabsteine umwarfen und beschädigten. Sie erhielten 4 bzw. 3 Monate Gefängnis. Die Untersuchungsakten wurden angeordnet, falls sie den angezeigten Schaden ersetzen, soll ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist für den Rest der Strafe zugewilligt werden.

Acht Personen unter Spionageverdacht verhaftet. Die Grenz-kriminalpolizei im hinterpommerschen Preße Bülow verhaftete am Donnerstag acht Personen unter dem Verdacht politischer Spionage, darunter einen politischen Staatsangehörigen, der sich ohne Staatspapiere in Deutschland aufhielt. Die Verhafteten wurden in das Amtsgericht Stolp eingeliefert. —

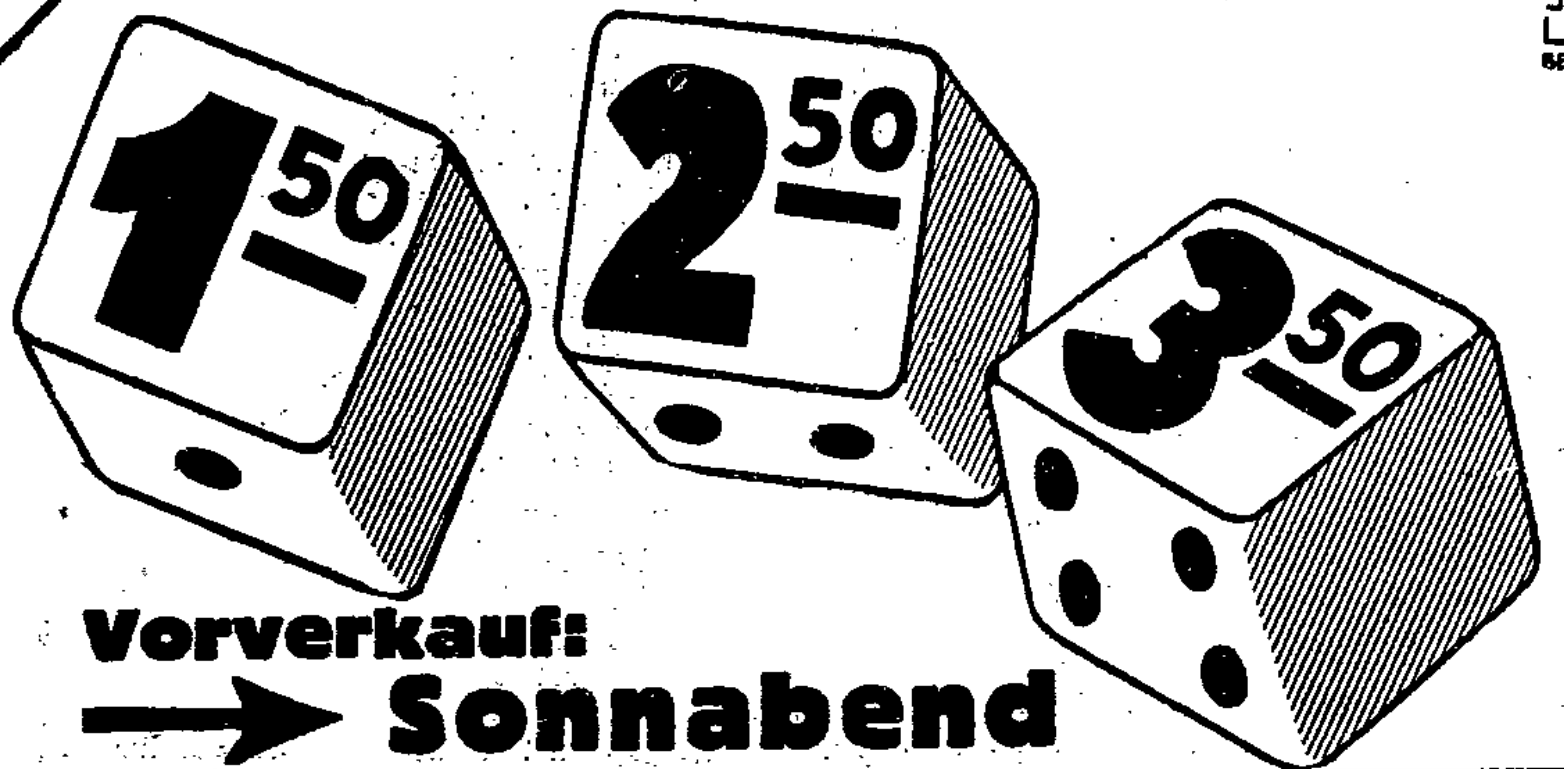
Falkmüller. Vor dem Dortmunder Schöffengericht wurden der Führer des Reichs-Frontkämpferbundes Vöhrer sowie ein weiterer Funktionär des Reichs-Frontkämpferbundes zu 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide hatten im vergangenen Jahre systematisch falsche Silbermedaillen in den Verkehr gebracht oder zu bringen versucht.

Ein Meisterwurf Eine Meisterleistung

sind die

SERIEN- TAGE BEI BARASCH

**Beginn:
Montag den
25. Februar**



**Vorverkauf:
→ Sonnabend**

JOE
LOE
BERLIN

RADIO- WERBEANGEBOT

Lauteboxen, eiche gebeizt . . . Mk. 0.70
Kopfhörer, Klangvoll, mit Fein-
einstellung . . . ab Mk. 1.75
Allophon, der Klangstarke Hörer,
3000 Ohm . . . statt Mk. 6.75 Mk. 5.00
Detektorapparate, eiche pol. ab Mk. 4.00
Detektor . . . ab Mk. 0.70
Kmpl. Detektorstationen einsch.
Hörer, Antenne, la. Material . . . ab Mk. 9.00
Alle für Radio bei billigsten Preisen.
Darin Radio nur bei

RADIO-DRÄGER

Magdeburg, Regierungstraße Nr. 19,
Ecke Steinstraße.

KRIEG VON LUDWIG RENN

DAS STÄRKSTE BUCH DER LETZTEN 15 JAHRE

Das Urteil von Hermann Wendel in „Deutsche Republik“

30. Tausend 412 Seiten Broschiert M 4.50 Ganzl. M 6.—

ZU BEZIEHEN DURCH DIE BUCHHANDLUNG VOLKSSTIMME, MAGDEBURG, Gr. Münzstr. 3

Bei hart- näckigem Husten

nehmen Sie
„Fagomint“
das d. Husten-
reiz verblüt-
fend lindert

Hofapotheke
Breiter Weg 158

Verkauf gegen
bar 10% Rabatt!

Möbel Auf Kredit

Möbel für 100 RM.
Anzahlung 10 RM.
Möbel für 200 RM.
Anzahlung 20 RM.
Möbel für 300 RM.
Anzahlung 30 RM.
Möbel für 400 RM.
Anzahlung 40 RM.
Kredit ca. 24 Monate
Schlaf-, Wohn-,
Speisezim., Küchen,
Einzelmöbel
Federbetten

A.
Friedländer

Altvertr. 11, 1
Alle Kunden u. Beamte
venti, ohne Anzahlg.
Kredit nach auswärts!

Is jetzt preiswert
**Farbbänder - Kohlepapiere
Drücker - Schnellhefter**
sowie sämtliche Büro-Artikel
Wilhelm Saran
Bismarckstraße 9
Genuss 9916

1 großer Spinn
**Garderoben-
schränke**
in eiche, mahagoni,
stark, ebenbein-
farbig.
billig abgegeben.
kaufl. Haus & Co.
Magdeburg
Alter Markt.

Der große
Ausstattungs-Verkauf
beginnt heute Sonntag und findet jeden, für wenig
Geld und reichlich mit guter
Leib- und Bettwäsche
eingubecken. Einige Beispiele:
Damen-Gewand . . . 1.00
Herren-Gewand . . . 2.50
mit 2 Stücken . . . 2.50
Herren-Hemden . . . 0.55
von 0.50 an
Mehrere 100 Bettbezüge
mit 2 Stücken
Serie I . . . 1.75
Serie II . . . 5.50
Serie III . . . 6.50
1 Herren-Bettbezug mit 2 Stücken . . . 8.75
1 Herren-Bettbezug mit 2 Stücken . . . 7.00
Damen-Bettbezug . . . 8.75
mit 2 Stücken . . . 2.75
Einfachere . . . 0.85
Maler-Muster mit . . . 2.55
-Stücken . . . 1.95
Herren-Gewand, extra
schön, in Reihenweise . . . 1.65
Jahrel., 130 cm breit . . . 1.95
Jahrel., 20 cm breit . . . 1.35
Bettdecken, auch mit
Pöhlchen . . . 1.95
Herren-Bettbezug, weiß
mit edler Karze . . . 1.95
Herren-Gewand, gewandt
mit gebürst. 2.38 2.48
Zwillinge . . . 0.16
mit 2 Stücken . . . 0.16
mit 2 Stücken mehr

Kaufhaus Giesecke
Jahrelstraße 8, Ecke Petersberg.

des sparsamen
Käufers!

1.95
Kamelhaarstoff-
Schwallenstiefel Laschen
mit Umschlag 27/35 39 31/32

2.95
Damen-Leder-Haus-
schuhe Niedertret., fein-
farbig 36-42

3.90
Umschlagschuhe
rein Kamelhaar und
Wolle 36-42

4.80
Damen Leder-Sanda-
letten in vielen Farben.
unsort. 8.80 7.90 6.80 5.90

6.80
Damen-Lack-
spangen m. Klein-
Feld.uns.

8.80
Zur Konfirmation
Bursch.-Halbsch. 9.80

8.80
Belle feinfarbige Damen-
Halbschuhe . 10.80

Schuh-
Etage
Nr.
168

Peterson
Schuh-Etage-Breite Weg 168

Verkaufe preiswert
1 Lit.-Spirituosien-Verkaufsfänder
mit 9 qualen eigenem Fäffers,
circa 25 Liter fassend, eide angehängt.
Reinhold Sieber, Schönebeck
Barbiger Tor 1.

Jetzt erscheint neu von A-Z
**Der Große
Brockhaus**
Handbuch des Wissens in 20 Bänden
Das größte volkstümliche
Nachschlagewerk der Gegenwart
mit über 200.000 Stichwörtern
auf etwa 15.000 Seiten, über
17.500 Abbildungen sowie 210
Karten und Plänen.

Jetzt nur 5-7% Mark im Monat

Sichern Sie sich den ermäßigten Sub-
skriptionspreis, er ist nur beschränkte Zeit
gültig.

Geben Sie Ihr altes Lexikon in Zahlung;
es wird Ihnen jetzt — und nur beschränkte Zeit,
wenn es mindestens vier Bände umfaßt und
nicht vor 1890 erschienen ist — gleichgültig
aus welchem Verlag — in Anrechnung gebracht.

Sie sparen zwischen 50.-GM. und 120.-
GM., wenn Sie sich jetzt entschließen.

Verlangen Sie noch heute völlig unverbindlich und
kostenlos den reichbebilderten Prospekt von der

**Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg
Nr. 3 Gr. Münzstraße Nr. 3**

Proben zum Parteitag

Sprechchor

Die Probe heute Freitag fällt aus wegen verlässlicher Behinderung des Leiters. Nächste Probe wird bekanntgegeben.

Note Nüben

Nächste Gesamtprobe Sonntag nachmittag 4 Uhr auf der Bühne der Stadthalle. Alle müssen erscheinen.

Stadt Magdeburg

Die Notstandsaktion der Stadt

Die sozialdemokratische Stadtbervordneten-Fraktion hatte am Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, 250.000 Mark zu bewilligen für schnellstens durchzuführende Notstandsmaßnahmen.

Die sozialdemokratische Stadtbervordenen-Fraktion hatte an Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung den Antrag gestellt, 250.000 Mark zu bewilligen für schnellstens durchzuführende Notstandsmaßnahmen.

Darüber kann aber kein Zweifel bestehen, daß die Notstandsaktion unsere Genossen im Stadtparlament zu danken ist.

Bei der Beratung des Antrags hat der Wohlfahrtsbevollmächtigte Genosse Böhmke interessante Angaben über die bisherigen Leistungen der Stadt in der Winterfürsorge gemacht.

Gewerkschaften und Reichsunfallverhütungswoche

Die Träger der Unfallversicherung veranstalten gemeinsam mit der organisierten Arbeiterschaft in der Zeit vom 24. Februar bis zum 2. März die Reichsunfallverhütungswoche.

Am Sonntag vormittag findet um 11 Uhr eine Eröffnungsfest in der Stadthalle statt, auf die wir besonders aufmerksam machen.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuss Magdeburg

Steuerprivilegien der öffentlichen Betriebe

Anläßlich der bevorstehenden Beratungen des Reichstags über das Steuervereinfachungsgesetz ist wieder einmal die Frage der Besteuerung öffentlicher Betriebe, insbesondere auch der öffentlichen Banken, diskutiert worden.

Gerade diese Bestimmungen scheint die privaten Banken veranlaßt zu haben, gegen die Steuerfreiheit der öffentlichen Kreditanstalten zu ziehen.

Von rein geschäftlichem Standpunkt aus betrachtet, ist die Stellungnahme der Privatbanken durchaus erklärlich. Sie erkennen jedoch, daß das Arbeitsgebiet der öffentlichen Banken Aufgaben umfaßt, die im normalen Geschäftswirtschaftlich orientierter, lediglich auf Gewinn arbeitender Institute nicht erfüllt werden können.

Es war das Bestreben der auf öffentlich-rechtlicher gemeinsinniger Grundlage arbeitenden Banken, diese Kreditbedürfnisse so billig und so gut wie möglich zu befriedigen und vor allem die mit der Vergabe von Kleinkrediten, z. B. bei der landwirtschaftlichen Umschuldung, verbundene enorme Arbeit zu leisten.

Bei den kommunalen Bankeinrichtungen würde sich ferner eine Mehrbelastung der Kommunen selbst ergeben, deren Kredite sich entsprechend verteuern würden.

Steuererleichterungen für Kriegsbeschädigte

Der Reichsminister der Finanzen hat die Anordnungen über die Steuererleichterungen Kriegsbeschädigter neuerdings durch einen Erlass ergänzt.

Diese Regelung gilt nach dem neuen Erlasse nunmehr in jedem Falle ohne Nachweis besonderer Aufwendungen. Eine weitere Erhöhung ist nur zu bewilligen, wenn die Aufwendungen näher dargelegt werden.

Die Gefahren des elektrischen Stromes

„Nicht berühren — Lebensgefahr — Hochspannung!“ Der rote Blitz mit dieser Warnung, der an jedem Masse der Hochspannungsleitung zu sehen ist, ist wohl jedermann bekannt, und die Warnung ist so eindringlich und die Gefährlichkeit der Hochspannungsleitung so allgemein bekannt, daß aus Leichtsinn oder Unvorsichtigkeit nur noch selten Unglücksfälle vorkommen.

Eine eigenartige Gefahr besteht bei der Befähigung elektrischer Kraftzentralen. Es ist eine merkwürdige Tatsache, daß die blanken, mit hochgespanntem Strom geladenen Sammelmaschinen einen fast unüberstehblichen Reiz zur Verührung ausüben, und trotz der überall angebrachten Warnungen und der warmen Worte des führenden Beamten kommen auf diese Weise immer wieder tödliche Unfälle vor.

Eine weniger bekannte Tatsache ist es aber, daß auch niedriggespannte Ströme, z. B. die der elektrischen Lichtleitung im Hause mit durchschnittlich 110 bis 250 Volt Spannung, und

auch noch viel schwächere Ströme mit etwa 50 Volt tödlich wirken können und auch schon in nicht gar zu seltenen Fällen tödlich gewirkt haben.

Bei den tödlichen Unfällen mit Schwachstrom spielen zwei Bedingungen eine wichtige Rolle, nämlich der innere körperliche Zustand des Menschen und die äußeren Verhältnisse, in denen sich der Mensch gerade befindet.

Die äußeren Umstände beziehen sich auf die Leistungsfähigkeit des Körpers. Im allgemeinen ist der menschliche Körper ein schlechter Leiter, in dem der elektrische Strom sehr viel Widerstand findet. Durch einen nassen Körper geht der Strom leichter als durch einen trocknen.

In einem andern Falle arbeitete ein Bauernknecht bei feuchtem Nebelwetter frühmorgens in der Dunkelheit bei elektrischer Beleuchtung im Hof. Er machte sich an der Lampe zu schaffen, die er von dem stark durchdrückten Düngerhaufen, auf dem er stand, erreichen konnte, und wurde bei Tagesgrauen mit der abgerissenen Lampe in den verknäuelten Händen tot aufgefunden.

Diese wenige Beispiele, denen leicht noch mehr hinzugefügt werden könnten, mögen genügen, um auf die Gefahren auch schwacher elektrischer Ströme aufmerksam zu machen.

Versammlung der Deutschen Verkehrswehr C. B.

Die ungeheure Zunahme der Unfälle im Straßenverkehr fordert gebieterisch, den Unfallgefahren mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dieser Aufgabe unterzieht sich die Deutsche Verkehrswehr C. B. in enger Zusammenarbeit mit ihren, über das ganze Reich verbreiteten Ortsgruppen.

Aus dem umfangreichen Geschäftsbereich sei als wichtigstes hervorgehoben: Eröffnung des 1. Musterzimmers für Verkehrsunterricht in Berlin, Gründung der „Deutschen Schulverkehrswehr“, Herausgabe der Monatschriften „Deutsche Jugendverkehrswehr“, „Deutsche Schulverkehrswehr“, „Verkehrswarte“, Gewöhnung einer Reichsbesprechung, Umstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers.

Syn Ausstellungsturm und Stadthalle. Der Ausstellungsturm wurde im Monat Januar 1929 von insgesamt 561 Personen besucht, während in derselben Zeit die Stadthalle 176 Personen beschäftigten.

Ein Verwaltungsbotschafter zur Leipziger Messe. Nach Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion Magdeburg fährt am 6. März (Dienstag) bei genügender Beteiligung ein Verwaltungsbotschafterzug 3. Klasse von Magdeburg nach Leipzig.

Rohlentägerin

Was dich gehen heißt tagaus, tagein, schreit aus deiner müden Augen Grund; — schwarze Kohle trägt du andern ein, Hand und Rücken und die Seele wund.

Immer aus dem Licht dem Dunkel zu hebt du schwere Last im gleichen Trab; und mit starken Schenkeln meistert du Männerwerk treppauf und auf und ab.

Daß die Früchte deines Leibs zergehn wie der Froschschnee, den dein Fuß zerdrückt; denn die Fron erzwingt dein Aufsteigen, und dein Mühen, das dich einigt beglückt.

Immer aus dem Licht zur Finsternis; Kohle, schwarze Kohle trägtst du ein; und mit jedem Schritt ein neuer Miß in das rote heiße Herz hinein.

Und du jannst zuweilen hart und rau; Immer in das Dunkel; nirgends Schein! Einmal tappte, frauengeplagte Frau, einmal wieder muß es anders sein!

Oskar Schönberg.

Parteitagsorgen eines Theaterdirektors

Was ist ein Philister? Ein hohler Darm, voll Furcht und Hoffnung, daß Gott erbarmt. Mit diesem Stoffzeuger hat einst in der vorwärtlichen Zeit ein deutscher Poet seinem gepreßten Jergen über die politische Wütere Luft gemacht, unter der das deutsche Volk seufzte.

Auch Magdeburg besaß einmal einen Oberbürgermeister, der in der Sonne junkerlichen Wohlwollens stand und demzufolge von Wilhelm im Jahre 1910 zum preussischen Finanzminister ernannt worden war.

Selbst jede Anteilnahme an der Kunst, soweit sie durch das Stadttheater geboten wurde, suchte man der Magdeburger Arbeitergesellschaft vorzuenthalten. Es schien demzufolge völlig ausgeschlossen, den Delegierten, soweit das Stadttheater in Frage kam, Kunst zu bieten.

Während ich den Wunsch äußerte, der Direktor möge dem Parteitag zu Ehren eine Festvorstellung geben, trömmelte er so heftig und nervös auf der Platte seines Schreibschreibtisch her, daß ich eine Katastrophe fürchtete.

Da plätschte er plötzlich mit einer Lebhaftigkeit, als sei er durch eine durchschlagende Erleuchtung alle Sorgen losgeworden, mit der Frage heraus: „Haben Sie schon mit dem Stadtrat gesprochen?“

Hätte ich nicht gewußt, welche harmlose politische Seele dieser Direktor war, so hätte ich seine Bemerkung als Nachserei auffassen können. Ich sagte ihm aber ganz beiseite: „Daran habe ich allerdings nicht gedacht, erst noch mit dem Oberbürgermeister oder dem Stadtrat zu verhandeln.“

Der gute Direktor, Wald sank er in sich zusammen, bald redete er sich heldenhaft auf: „Kunsthilfe! ein Theatermann. Er wollte um alles in der Welt nicht in Kämpfe verwickelt werden, die ihn etwa zwischen der Partei und den Häuptern der Stadt abspalten könnten.“

Der rettende Engel erschien und grunzte den Direktor an: „Stellen Sie doch dem Parteitag täglich eine Anzahl Karten zu ermäßigtem Preise zur Verfügung.“

Vor dem Auseinandergehen reichten mir und die Hände mit der Versicherung, daß keiner etwas verlanen lassen möchte. Doch aller Vorsicht und Besorgnis konnte sich der arme Mann doch nicht halten. Kurze Zeit nach dem Parteitag ging er unter Hinterlassung großer Verpflichtungen auf und davon.

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volkstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meißnerfeld, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlengasse 8 Pf. Verlagsleiter 1 mm Höhe 25 Pf., Reklame 1 mm Höhe und 20 mm Breite lokal 75 Pf., auswärts 80 Pf. Straße 8. — Fernsprecher Amt Norden 23881 bis 23885, Nachruf (ab 19 Uhr) 22951 bis 22953. — Postzeitungsstelle: Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm. Seite 210. — Bezugspreis: Monatlich 2.80, zweimonatlich 5.10, Abholer 2.00 Mk. Einzelpreis 15, Sonntags 20 Pf. Text 33 1/3% Aufschlag. Für Platzvorrat keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 123 Magdeburg.

Nr. 46

Sonntag den 23. Februar 1929

40. Jahrgang

Parteitag am 26. Mai

Beschluß des Parteiaussschusses

Berlin, 22. Februar. Der Parteiaussschuß der Sozialdemokratischen Partei, der auf heute einberufen war, um zu dem Vertagungsantrag der Magdeburger Parteiorganisation Stellung zu nehmen, hat nach über fünfstündiger Beratung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Parteiaussschuß nimmt die Gründe zur Kenntnis, die die Magdeburger Parteigenossenschaft im Interesse eines guten Verlaufs des Parteitags veranlaßt haben, eine Vertagung zu veranlassen. Er legt jedoch entscheidendes Gewicht auf die politischen Gründe. In der zweiten Märzhälfte ist der Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen zu erwarten. Reichstag und Reichsregierung können in diesen Tagen gezwungen sein, zu wichtigen Entscheidungen Stellung zu nehmen. Ferner läßt die Rücksichtnahme auf die Förderung der Staatsberatern die Vertagung des Parteitags auf Mai wünschenswert erscheinen.

Demgemäß ist beschlossen worden, den Beginn des Parteitags auf den Sonntag nach Pfingsten, den 26. Mai, in Aussicht zu nehmen.

Die „Volkstimme“ hat in ihrer Nummer vom Mittwoch mitgeteilt, daß vom Magdeburger Parteitagskomitee eine Vertagung des Parteitags beim Parteivorstand vorgeschlagen worden sei. Als Grund wurden die außergewöhnlichen klimatischen Verhältnisse, insbesondere Hochwassergefahr angegeben. Die kommunistische Presse sagt dazu, diese Begründung sei Schwindel, weber die Kälte noch die Hochwassergefahr habe den Vertagungsantrag ausgelöst, sondern der Wunsch des Parteivorstandes, für die Überwindung politischer Schwierigkeiten Zeit zu gewinnen. „Man kann sich denken, wie außerordentlich willkommen die „klimatischen Verhältnisse“ der S. P. D.-Führung sind. Man braucht noch längere Zeit, um die Massen weiter für den Kriegs- und Koalitionskurs der S. P. D. einzuführen.“ So schreibt die „Kritik“. Es ist ihre Aufgabe, in jeder sozialdemokratischen Maßnahme Schwindel oder Verräterei zu sehen, darum bleibt es weitesten politischen Kreisen höchst gleichgültig, was sie in diesem Falle entdeckt hat. Deutschnationale Blätter schreiben ähnlich. Sie haben die gleichen Aufträge zu erfüllen.

Anderes ist es zu beurteilen, wenn sozialdemokratische Parteiblätter ganz in der Art der kommunistischen und deutschnationalen Presse den Vertagungsantrag kommentieren. Unser Zwickauer Parteiblatt, das „Sächsische Volksblatt“, glaubt folgende Sätze verantworten zu können:

Wir wollen ganz offen reden: Nach unserer Meinung wird hier der Verluß gemacht, die grundsätzliche Einstellung der Partei zur Wehrfrage hinauszuzögern, bis die Koalitionsverhandlungen, die nicht vom Fleck kommen wollen, im Sinne unserer Parteiführung mit der Bildung der Großen Koalition beschlossen worden sind!

Die überraschende Resonanz, die die mutige und ungewöhnliche militärische Einstellung der Partei-Linken in der Gesamtpartei gefunden hat, ließ offenbar bei unsern Ministern und in der Parteiführung das Schreckbild eines grundsätzlichen Verrücktheits des Magdeburger Parteitags gegen Reichswehr und was drum und dran entsteht. So glauben diese Genossen, alle Koalitionshoffnungen fahren lassen zu müssen, wenn der Magdeburger Parteitag vor Abschluß der jetzigen Regierungskrise tagen könnte.

Zu übrigen: uns selbst könnte im Interesse einer weiteren Verbreitung der Gedankenengänge der Opposition in der Partei, deren Werbekraft sich in den letzten Wochen so eindrucksvoll erwies, die Vertagung des Parteitags nur recht sein.

Originaler und politisch bedeutungsvoller als die kommunistischen und deutschnationalen Unterstellungen sind die Zwickauer auch nicht; es wäre insofern kein Grund gegeben, darauf besonders einzugehen. Aber es handelt sich hier, wie gesagt, um ein Blatt der Sozialdemokratischen Partei, darum seien diese kurzen Anmerkungen gemacht:

Es wäre selbstverständlich möglich, trotz Winterläste und Hochwasser den Delegierten Unterkunft in Magdeburg zu verschaffen. Sie würden weder erfrieren noch ertrinken. Und wenn die Opposition ihren großen Kampf durchaus in der zweiten Märzwoche in Magdeburg führen will — was den Zwickauer Freunden anscheinend das wichtigste ist — dann braucht das auch nicht unbedingt durch Frost und Wasser zum Fiasko zu werden. Die Magdeburger würden dafür sorgen, daß die Genossen warm und trocken seien. Aber die Magdeburger hatten keineswegs den Auftrag, eine Diskutierwoche für Theoretiker vorzubereiten, sondern einen Parteitag der größten deutschen Partei und ein Parteitreffen.

Der Parteitag soll kein Kongreß der Prominenten werden. Arbeiter aus Magdeburg, aus der Börde, aus den Städten des Harzes, aus dem Jerichower Land, aus der Altmark, aus

Anhalt und Braunschweig und andern Nachbarbezirken sollen dabei sein. Die Männer, die Frauen, die Jugend, die Kinder. Und die Sozialdemokraten aus dem Bezirk, die nicht in der Lage sind, nach Magdeburg zu fahren, die sollen sich zumindest unmittelbar beteiligt fühlen an der großen sozialdemokratischen Kundgebung in der Provinzhauptstadt. Dieser Parteitag ist im März nicht möglich! Aus materiellen und psychologischen Gründen undenkbar!

Für die Genossen, die das Land um Magdeburg nicht kennen, müßte die Lektüre eines Schulbuches genügen, um zu ermessen, was im Stromgebiet der Mittelelbe ein Frühjahrshochwasser nach anhaltendem Froste bedeutet. Für Hunderte von Städten und Dörfern ist es ein Kampf um Leben und Tod. Von Dessau bis nach Savelberg liegt das flache Land von der Natur fast ungeschützt den Fluten preisgegeben. Welchen unzulänglichen Schutz die von Menschenhand geschaffenen Dämme gewähren, das haben die Menschen in der Elbniederung schon oftmals und bitter erfahren müssen. Die Genossen, die in dem Vertagungsantrag politische Gründe sehen, sollten jetzt einmal Elbdörfer und kleine Elbstädte durchwandeln, sollten sich erkundigen, was jetzt das ganze Denken der Menschen beherrscht, die jeden Tag die Eiswüste sehen im Strombett der Elbe und wissen, was geschieht, wenn in dieses erstarrete Gebirge ein unheimliches Leben kommt

Streit zwischen Volkspartei und Zentrum

Im Reich und in Preußen

Zentrum und Deutsche Volkspartei können sich nicht einig werden: über die Umbildung der Reichsregierung nicht, weil sie um die Sitze in Preußen raufen und in Preußen nicht, weil sie sich im Reich verkracht haben. Wie wir gestern kurz mitteilen befaßte sich die Fraktion der Volkspartei des Preussischen Landtages am Donnerstag mit dem Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten, sich mit einem Fachminister und einem Minister ohne Portefeuille an dem Preussenkabinett zu beteiligen. Die Fraktion nahm den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten jedoch nicht an. Zu einem von ihr herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß die Volkspartei auf zwei Fachminister bestehen müsse. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obwohl sich Stresemann für die Annahme des von ihm dem preussischen Ministerpräsidenten unterbreiteten Vorschlages eingesetzt hatte.

Wie sich die Dinge schließlich gestalten werden, ist vorläufig noch ungewiß. Stresemann hat den Vorstand seiner Partei einberufen, um dort die innenpolitische Lage und im Zusammenhang damit den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten zu besprechen. Der Ausgang dieser Sitzung dürfte auf den weiteren Gang der Verhandlungen nicht ohne Einfluß sein. Aber wie dem auch sei: Sicher ist, daß die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages für den Fall einer Umbildung auf ein drittes Ministerium bestehen wird.

Zu Laufe des Donnerstags hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit Vertretern der in der Regierung vertretenen Parteien. Außerdem war ein Zentrumvertreter anwesend. Der Reichskanzler wies auf die zahlreichen Anträge hin, die von Regierungsparteien in der letzten Zeit eingebracht wurden, ohne daß die Parteien untereinander Zustimmung genommen hätten. Es handle sich dabei nicht nur um die Anträge zur Sozialversicherung, sondern auch um Kleinrentner- und Siedlungsanträge. Alle Anträge erforderten neue Ausgaben, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden können, da Sparmaßregeln dringend notwendig sei. Die Parteien nahmen von diesen Darlegungen Kenntnis. Zu irgendwelchen Vereinbarungen oder Beschlüssen ist es nicht gekommen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Donnerstagabend u. a. einen Bericht ihres Vorsitzenden, des Abgeordneten Stegerwald, über die politische Lage entgegen. Es wurde festgestellt, daß eine Wendung nicht eingetreten ist.

Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei an den preussischen Ministerpräsidenten Braun, das Zentrum möge sich mit zwei Fachministern und einem Minister ohne

und unter gleicher Decke hervor die Wellen springen, ungestüm, grausam, vernichtend! Es würde jedem klar, wie stark die elementaren, meteorologischen Gründe sind, die dazu führten, die Vertagung vorzuschlagen.

Unsre Leute, unsre Genossen sind davon betroffen. Der Frost hat vielen Tausenden schon die Arbeit aus der Hand genommen, sie leiden wirtschaftliche Not, das Hochwasser bringt ihnen neue Gefahren. Es könnte sein, daß sie auf brechenden Dämmen im furchtbaren Kampfe mit den Fluten stehen, indessen ihre Führer in Magdeburg — diskutieren. Es wäre in solchen Tagen für die Arbeiter nur ein Diskutieren in fremdem Kreise. Aber es soll ein geistiges Ringen sein, an dem sie innerlich Anteil nehmen können. Zu dieser Anteilnahme muß ihnen die wirtschaftliche und psychologische Möglichkeit gegeben sein. Darum soll der Parteitag nicht in diese Zeit gerückt werden, die ungeheure Naturgewalten entfesselt und alles Leben zusammenpreßt, erstarren läßt.

Was für die Genossen im Magdeburger Land zutrifft, gilt für die Parteigenossen im ganzen Reiche, die an großen Stromläufen wohnen. Sie werden sich verzwweifelt wenig darum scheren, was die führenden Genossen in der Magdeburger Stadthalle erörtern, diskutieren und beschließen, wenn sie selbst einen Kampf auf Leben und Tod führen. Es ist nicht gut vorstellbar, daß sie irgendwelchen Denkgebäuden, die am Vertagungsstisch aufgestellt werden, großes Interesse entgegenbringen, wenn ihr eigenes Wohnhaus vom Wasser umflutet ist. Zu solcher Zeit einen Parteitag abhalten, beweist mindestens sehr viel Selbstverleumdung.

Portefeuille, der der Reichsregierung angehört, begnügen, wurde lediglich zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme zu diesem Vorschlag ist Sache der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages.

Die „Germania“ lehnt diesen Vorschlag ab, indem sie schreibt: „Die Zentrumsfraktion des Landtages hatte am Donnerstagabend zwar keine Gelegenheit, sich mit dem Ergebnis der Unterredung zu befassen, die zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und den volksparteilichen Unterhändlern stattfand. Aber nach Lage der Dinge kann heute schon gesagt werden, daß sie keine Neigung verspüren wird, auf den volksparteilichen Gegenantrag einzugehen. Der vom Ministerpräsidenten Braun im Einverständnis mit den preussischen Regierungsparteien gemachte Vorschlag war geeignet, eine faire Regelung der strittigen Fragen herbeizuführen. Wenn die Volkspartei auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt, dann wird sie eben auf eine Beteiligung an der preussischen Regierung verzichten müssen.“

Vorläufig gescheitert

Berlin, 22. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hat heute den volksparteilichen Gegenantrag, wonach das Zentrum sich mit zwei Ressortministern und einem Reichsminister ohne Portefeuille im preussischen Kabinett einverstanden erklären möge, abgelehnt.

Ministerpräsident Otto Braun betrachtet damit seine Bemühungen um die Herbeiführung der Großen Koalition vorläufig als gescheitert.

Das Wort hat nunmehr die am späten Nachmittag zusammengetretene Sitzung des Reichsvorstandes der Deutschen Volkspartei, die eventuell die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei veranlassen könnte, ihrerseits die Initiative zu neuen Besprechungen zu ergreifen.

Entspannung in Wien

Eine im Wiener Polizeipräsidium abgehaltene Besprechung mit den Veranstaltern der für kommenden Sonntag angekündigten Aufmärsche des Heimatschutzes und des Republikanischen Schutzbundes hat zu einer weitestgehenden Entspannung geführt. Die beiderseitigen Veranstalter betonten mit allem Nachdruck, daß die Führer ihren ganzen Einfluß aufbieten werden, um in ihren Reihen strengste Disziplin zu wahren. Das wichtigste Moment aber ist, daß die Leitung des Heimatschutzes der Anordnung der Polizeidirektion Rechnung getragen und auf den Vorbeimarsch am Saufe der „Arbeiter-Zeitung“ verzichtet geleistet hat, allerdings unter der Bedingung, daß die Gegenpartei ihrerseits den Vorbeimarsch am Saufe der „Republik“ unterläßt. Diese Zugabe wurde von den Führern des Republikanischen Schutzbundes gemahnt.

Ein Meisterwurf Eine Meisterleistung

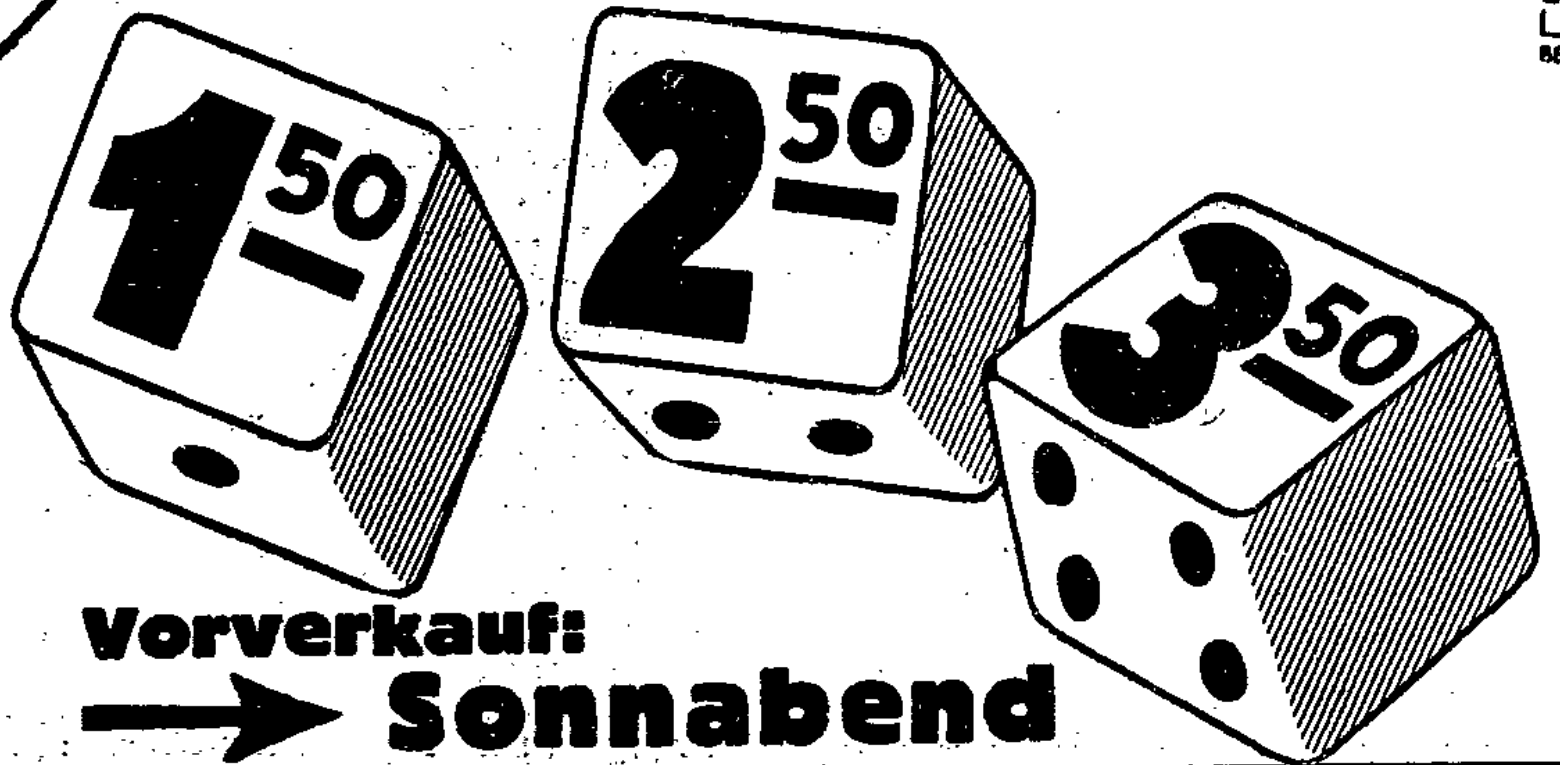
sind die

SERIEN TAGE BEI BARASCH



Beginn:
**Montag den
25. Februar**

JOE
LOE
BERLIN



Vorverkauf:
→ **Sonnabend**

RADIO- WERBEANGEBOT

bestenfalls nicht gebürt. Mk. 0.70
Kopfhörer, klavervoll, mit Fein-
einstellung ab Mk. 3.75
Allophon, der klavervollste Hörer,
8000 Ohm, stark Mk. 6.75 Mk. 5.00
Detektorapparate, eiche pol. ab Mk. 4.00
Detektor ab Mk. 0.70
Koppl. Detektorstationen einsch.
Hörer, Antenne, la. Material ab Mk. 9.00
Alle für Radio bei billigsten Preisen.
Saran Radio-ur bei

RADIO-DRÄGER

Magdeburg, Regierungstraße Nr. 18,
Ecke Steinstraße.

KRIEG VON LUDWIG RENN

DAS STÄRKSTE BUCH DER LETZTEN 15 JAHRE

Das Urteil von Hermann Wendel in „Deutsche Republik“

30. Tausend 412 Seiten - Broschiert M 4.50 Gänzl. M 6.—

ZU BEZIEHEN DURCH DIE BUCHHANDLUNG VOLKSSTIMME, MAGDEBURG, Gr. Münzstr. 3

Bei hart- näckigem Kusten

nehmen Sie
„Fagomint“
das d. Husten-
reiz verblü-
fend lindert

Hofapotheke
Breiter Weg 158

Verkauf gegen bar 10% Rabatt! Möbel Auf Kredit

Stuhl für 100 M. Mk.
Anzahlung 10 M. Mk.
Stuhl für 200 M. Mk.
Anzahlung 20 M. Mk.
Stuhl für 300 M. Mk.
Anzahlung 30 M. Mk.
Stuhl für 400 M. Mk.
Anzahlung 40 M. Mk.
Schlaf-, Wohn-,
Spisessimm., Küchen-,
Einzelmöbel
Federbetten

A. Friedländer

Mittelstraße 11, 1
Alle Kunden u. Besuche
vont, ohne Anzahlg.
Kredit nach auswahl

36 Neier preiswert
Fachbänder - Kohlepapiere
Drücker - Schnellhefter
sowie sämtliche Büro-Artikel
Wilhelm Saran
Lützowstraße 9, Magdeburg

1 großer Posten
Garderobens-
chränke
in eiche, mahagoni,
birke, elfenbein-
farben
billig abgegeben.
Karl. Hent & Co.
Magdeburg
Süder Markt.

des sparsamen Käufers!

Kamelhaarstoff- Schnallenstiefel Laschen und Umschlag 27,35 39 31/32	1 ⁹⁵
Damen-Leder-Haus- schuhe Niedertret, feinfarbig 35-42	2 ⁹⁵
Umschlagschuhe rein Kamelhaar und Wolle 36-42	3 ⁹⁰
Damen Leder-Sanda- letten in vielen Farben, unser 8.80 7.90 6.80 5.90	4 ⁸⁰
Damen-Lack- spangen m. klein. Fehl., unse.	6 ⁸⁰
Zur Konfirmation Bursch.-Halbsch. 9.90	8 ⁸⁰
Helle feinfarbige Damen- Halbschuhe . 10.80	8 ⁸⁰

Schuh-
Etage
Nr.
168

Peterson

Schuh-Etage - Breiter Weg 168

Musfuttungs-Verkauf

Segnet heute Sonnabend und nicht leben, für wenig
Geld für richtig mit ganz

Leib- und Bettwäsche

ausgew. Einige Beispiele:

Damen-Bettdecken	1.80	0.85
Damen-Bettdecken	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25
1 großes Damen-Bettzeug	2.50	1.25

Mehrere 100 Bettbezüge

mit 2 Kissen	4.75	5.50	6.50
mit 2 Kissen	6.75	7.50	8.50
mit 2 Kissen	7.75	8.50	9.50
mit 2 Kissen	8.75	9.50	10.50
mit 2 Kissen	9.75	10.50	11.50
mit 2 Kissen	10.75	11.50	12.50

Kaufhaus Gießer

Lützowstraße 8, Ecke Petersberg.

Verkaufe preiswert
1 Lit.-Spiritosen-Verkaufsfänder
mit 9 Qualen eigenem Ziffern,
je 25 Liter fassend, einge angestrichen.
Heinrich & Sieber, Schönebeck
Barbyer Tor 1.

Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden
Das größte vollständige
Nachschlagewerk der Gegenwart
mit über 900.000 Stichwörtern
auf etwa 15.000 Seiten, über
17.500 Abbildungen sowie 210
Karten und Plänen.

Jetzt nur 5-7 1/2 Mark im Monat

Sichern Sie sich den ermäßigten Sub-
skriptionspreis, er ist nur beschränkte Zeit
gültig.

Geben Sie Ihr altes Lexikon in Zahlung,
es wird Ihnen jetzt — und nur beschränkte Zeit,
wenn es mindestens vier Bände umfaßt und
nicht vor 1890 erschienen ist — gleichgültig
aus welchem Verlag — in Anrechnung gebracht.

Sie sparen zwischen 50.- GM. und 120.-
GM., wenn Sie sich jetzt entschließen.

Verlangen Sie noch heute völlig unverbindlich und
kostenlos den reichbebilderten Prospekt von der

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg
Nr. 3 Gr. Münzstraße Nr. 3

W. Sack. Dann erfolgte die Ausgabe der Anteilbücher. Gleichzeitg wurde bekanntgegeben, dass die Auszahlung der Rückvergütung in beiden Verkaufsstellen stattfinden von Dienstag den 19. bis Freitag den 22. Februar, abends von 6 bis 7 Uhr.

Generalsversammlung der Partei. Zuerst wurden Kundschreiben verlesen, danach Stellung zum Parteitag genommen. Wir wollen uns mit sämtlichen Arbeitervereinen in Verbindung setzen.

Gemeindevertreter-Sitzung. Es fehlten von den sieben hiesigen Vertretern vier, während unsere Genossen bis auf einen anwesend waren. Ein Kommissionsprojekt zur Neuordnung des Feuerlöschwesens fand einstimmige Annahme.

Parteiversammlung. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Nach wurde der Geschäftsbericht gegeben, dann folgte die Wahl der Delegierten zur Kommunalversammlung.

Staatshaus. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosen. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Maßnahmen gegen Hochwassergefahr.

Die außergewöhnlichen Schnee- und Eiseverhältnisse in diesem Winter lassen bei plötzlichem Eintreten von Tauwetter Hochwassergefahr im Gebiet der Elbe befürchten.

Der Deichhauptmann des Gröbne-Barby-Schönebecker Deichverbandes hatte alle im Uferutungsgebiet des Deichverbandes gelegenen Gemeinden zu einer Versprechung im Barbher Rathhaus eingeladen, in der alle Möglichkeiten zur Abwendung von Hochwassergefahren bei plötzlich eintretendem Temperaturumschlag erörtert wurden.

In der Versprechung wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß nach den Bestimmungen des Wassergesetzes bei Gefährdung eines Deiches durch Hochwasser auf Anordnung der Polizeibehörde alle Bewohner der bedrohten und nötigenfalls auch der benachbarten Gegend zu den Schutzarbeiten herangezogen werden können.

Die Pflicht ruft

- Reichsbanner. Generalversammlung morgen Sonnabend im Vereinslokal.
Sachversteher. Die Sitzung ist nicht am Sonnabend, sondern heute Freitag abend 8 Uhr im Vereinslokal.
Verein der Schrebergärtner. Morgen Sonnabend 10 Uhr Mitgliederversammlung in Kraus' Restaurant.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich nochmals mit der Abmahnung an der Kreisstraße. Da die Obstbäume nicht die Pflege erhalten, wie es sein müßte, und der Gemeinde die dazu geeigneten Leute fehlen, stimmte man dem Preisangebot des Kreisamtes in Höhe von 3000 Reichsmark zu.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Arbeitslosigkeit. Schon oft wurde auf die schlechten Einrichtungen des Bahnhofs hingewiesen. Die Schalterräume erscheinen sich bei Anbruch des Publikums als viel zu klein.

Zweihundachtzigjährige stirzt aus dem Fenster. Eine als geisteschwach bekannte Greisin stürzte aus dem Fenster ihrer im ersten Stode des Hauses befindlichen Wohnung und blieb schwer verletzt liegen.

Die Versammlung der Partei fand gemeinsam mit der des Reichsbanners statt und war gut besucht. Genosse W. Wegener sprach über den Parteitag und forderte alle Mitglieder und die Reichsbannerleute auf, daran teilzunehmen.

Ein Schadenfeuer brach auf dem Grundstück des Gastwirts Schmidt aus. Stallgebäude und Scheune sind vollkommen ausgebrannt. An den Vorräten an Korn, Heu und Stroh fand das entseelte Element reiche Nahrung.

Sturz auf der Straße. In der Bahnhofstraße stürzte ein hiesiger Einwohner derart, daß er erhebliche Verletzungen davontrug und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Mitteldeutsche Chronik

Berlins Stromquelle in Gefahr. Das Großkraftwerk Golpa bei Zschornowitz, das Herz der Stromversorgung Berlins, hat mit den äußersten Schwierigkeiten zu kämpfen, um den Fortgang des wirtschaftlichen Lebens in der Reichshauptstadt nicht zu gefährden.

Der tägliche Eisenbahnunfall. Der Gütschaffner Reinhold Sichelbaum aus Fernerswalde bei Falkenberg wurde auf dem Bahnhof Gilenburg mit zerquetschten Gliedmaßen tot aufgefunden.

Ein Großfeuer entstand auf dem Grundstück des Gutbesitzers Wiskula in Geibitz im Anhalt. Der Kuhstall und eine Scheune fielen dem Feuer zum Opfer.

Wildfakten im Harz. Bereits seit langem stehen die außerordentlich selten gewordenen Wildfakten in Deutschland unter Naturschutz.

Im Rausch gestürzt und ertrunken. Der Matrose Sch. aus Oberwiederstedt wurde in der Nähe einer Scheune ertrunken aufgefunden.

Behördliche Mitteilungen

- Arten. Das Abbladen von Schnee auf öffentlichen Plätzen und Straßen, wie das zum Beispiel auf dem Platanenplatz, dem Nikolaipplatz und am Mühlgraben (Reiterstraße) usw. geschehen ist, verbietet.
Surg. Schulschließung. Bis auf weiteres sind die hiesigen Schulen und die Berufsschulen wegen Kohlenmangels geschlossen.
Büker. Kälteferien. Wegen der Kälte und des Kohlenmangels mußte unsere Schule bis auf weiteres geschlossen werden.

Briefkasten

In mehrere Briefkasten. Die Verträge über die Kreisfremdenverkehrsvereine werden in einem besonderen Briefkasten in der Sonntagnummer veröffentlicht.

Notstandsaktion im Magdeburger Stadtparlament

200 000 Mark für Verteilung von Brennmaterial, an Erwerbslose und Hilfsbedürftige. — Die Magdeburger Parke. — Giftgas in Südost. — 13 Millionen für den Wohlfahrtsrat

Von den Eingaben, die der Stadtoberordnungsleiter ...

Ohne Ausprache wurden einige kleine Vorlagen erledigt.

Wochenmarkt — Markthalle.

Eine längere Debatte löst die Magistratsvorlage über 100prozentige Erhöhung der Marktstandgelde aus...

Stadtoberordner Plumhoff (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion hat Bedenken gegen die Erhöhung der Gebühren.

Oberbürgermeister Weim: Die Kosten, die von der Stadt für das Marktwesen aufzuwenden sind, erfordern eine Erhöhung der Gebühren.

Dann wird die Herstellung einer Glasverbindung für die Straßenbahn zwischen Großer und Kleiner Diesdorfer Straße über den Sedanring genehmigt.

Notstandsaktion für Erwerbslose und Hilfsbedürftige

Die sozialdemokratische Fraktion hatte für die Sommerstagung der Stadtoberordneten einen Antrag eingebracht auf Berechtigung von 250 000 Mark für eine einmalige Notstandsaktion...

Sofort eingeleitete Verhandlungen hatten das Ergebnis eines Kompromisses, das in folgendem gemeinsamen Antrage der Sozialdemokraten, Demokraten und Rechtsparteiler seine Formulierung fand:

Als einmalige Sondermaßnahme wegen der außergewöhnlichen, anhaltenden Kälte verteilt der Magistrat an die Hilfsbedürftigen Magdeburger Einwohner ...

I. Beacht werden

1. die Unterstützungsempfänger, die in laufender Fürsorge der Stadt stehen, das sind:

- a) die Empfänger der allgemeinen Fürsorge,
b) die Sozialrentner, soweit sie in der Sozialrentnerfürsorge der Stadt stehen,
c) die Kleinkapitalrentner, soweit sie Unterstützung durch die Stadt beziehen,
d) die Kriegerecktern, die Kriegsbeschädigten und Kriegerehrenterbliebenen, soweit ihr Gesamtinkommen den Rücksatz der gehobenen Fürsorge nicht überschreitet;
Rücksatz der gehobenen Fürsorge nicht überschreitet;

2. die Erwerbslosen, die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betreut werden, soweit sie Einwohner der Stadt Magdeburg sind und in der Zeit vom 1. Januar 1929 bis jetzt mindestens vier Wochen arbeitslos waren, in folgendem Umfange:

- a) die Empfänger der Krisenunterstützung,
b) die Empfänger der Sonderfürsorge-Unterstützung für berufsunfähige Arbeitslosigkeit, soweit die Unterstützung nach den Vorschriften für die Krisenunterstützung gezahlt wird,
c) die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung innerhalb der Lohnklassen I bis VIII (§ 105 ff. ARBVG.).

3. Ausgeschlossen von der Befreiung sind die unter 2 genannten Personen, wenn ihre Bezüge die Rücksätze der allgemeinen Fürsorge überschreiten oder wenn aus sonstigen Gründen keine Bedürftigkeit vorliegt, z. B. bei ledigen ohne eigenen Haushalt.

4. Doppelbefreiung innerhalb eines Haushalts darf nicht stattfinden.

5. Die Befreiung an die Empfänger unter 2 erfolgt nur auf Antrag, der dem Arbeitsamt zu stellen ist. Für die übrigen Unterstützungsempfänger ist kein Antrag erforderlich.

II. Die Stadt Magdeburg stellt zur Einlösung der Gutscheine einen Betrag bis zu 200 000 Mark zur Verfügung aus Mitteln des Wohlfahrts- und Jugendamtes unter Heber- schreitung.

Die Versammlung mußte zunächst eine lange Begründungsrede des Stadtv. Kauer (Komm.) für den Antrag seiner Fraktion über sich ergehen lassen.

Stadtv. Müller (Soz.) wies aber darauf hin, daß es nicht auf Neben ankomme, sondern auf Taten.

funden, mit den andern Fraktionen über die Durchführung der Notstandsaktion zu verhandeln. Es soll dabei neben den beim Wohlfahrtsamt betreuten Hilfsbedürftigen auch der Erwerbslosen gedacht werden...

Stadtv. Heunige (Rechtsp.) und Stadtv. Frau Goss (Dem.) erklären sich mit dem im gemeinsamen Antrag formulierten Hilfsaktion einverstanden.

Stadtv. Mann (böll.) will die zu bewilligende Gesamtsumme auf 300 000 Mark erhöht wissen.

Stadtrat Böhme gibt Auskunft über die bisherigen Winterbeihilfen des Wohlfahrtsamtes.

Für die Unterflüchten der gehobenen Fürsorge wurde am 11. Februar die dritte Kohlenrate mit je 5 Zentnern Breitenverausgab.

Der Dezentrat erörtert dann die geplante Notstandsaktion, die der Magistrat begrüßt. Er macht auch Ausführungen über die Nachrichten in bürgerlichen Zeitungen, daß sich keine Arbeiter gefunden hätten zur Verladung von Kohlen.

Das Wort nimmt dann noch Oberbürgermeister Weim, um sich mit den Kommunisten auseinanderzusetzen. Er bezeichnet es als ein Verbrechen am Volke,

wenn eine Partei dessen Notlage ausnütze, um damit politische Geschäfte zu machen. Die Kommunisten fragen nicht danach, welches finanzielle Ergebnis ihre Anträge haben werden.

Insgesamt hat die Stadt 590 000 Mark für die Linderung der Winternot ausgegeben. Die Ausgleichung des Etats ist recht schwierig.

Die Abstimmung

ergibt dann Ablehnung des kommunistischen und des böllischen Antrags.

Der gemeinsame Antrag der drei andern Fraktionen wird einstimmig angenommen.

Am den Etat der Parke und Friedhöfe

Nachdem ohne große Aussprache der Feuerwehretat verabschiedet war, begann eine um so ausgebreitere Debatte um den Haushaltplan der Garten- und Friedhofverwaltung.

Zu Beginn kamen Rechtsparteiler und Demokraten mit ihren Anträgen wieder. Die Streichungen sollen vorgenommen werden bei den Positionen „Unterhaltung der Anlagen“.

Es gab auch Mittelstandsdebatten um den Gartenetat. Weil nämlich die städtischen Gärtnereien einen Blumenverkauf an Privatleute unterhalten, ist das Gärtnergewerbe in seiner Existenz bedroht.

Als Ausnahme sagte der Kommunist Kauer einmal dem Magistrat keine Unterstützung zu.

Stadtv. Penneberg (Soz.) wies darauf hin, daß ein Abbau der Pflege in untern Anlagen in keinem Widerspruch stehe mit den Bestrebungen, die z. B. durch die vorjährige Dahlienausstellung gefördert wurden.

den großen sozialen Wert der öffentlichen Anlagen

für die ärmere Bevölkerung hin. Für sie bedeuten die Parke die einzigen Erholungsstätten, da sie keine großen Wadereisen machen können.

Stadtrat Haupt, der Dezernent der Garten- und Friedhofverwaltung, stellt sich mit seinem Widersacher auf der rechten in temperamentvoller Weise auseinander.

Jede Kürzung bedeutete also Arbeiterentlassungen. Ueber die Blumenverkäufe führt er aus, daß viele Gärtnereien und Blumenhandlungen der Stadt dankbar sind dafür, daß sie jetzt bei dem starken Froste die Befreiung mit Blumen aufrechterhalten konnte.

Stadtrat Haupt wendete sich auch gegen die Auffassung, als hätten die Gazon-Gewächshäuser an Wert eingebüßt.

Oberbürgermeister Weims warnt vor den beantragten Streichungen. Bei Arbeiterentlassungen kämen zum Teil Kräfte in Frage, die wegen ihrer schwachen Gesundheit in der Gartenverwaltung beschäftigt würden.

Die Debatte geht zwischen Rechtsparteilern, Kommunisten, Demokraten und Böllischen noch eine Weile hin und her, ohne Neues zu bringen.

Die Abstimmung ergibt Ablehnung der demokratischen, rechtsparteilichen und kommunistischen Anträge, aber Annahme des Etats.

Immer noch Whosgen in Südost

Nach Verabschiedung des Etats für das Ausstellungsmuseum einschließlich Stadthallen- und Turmverwaltung wird der Etat des städtischen Gesundheitswesens beraten.

Dabei stellt Stadtv. Penneberg (Soz.) die Frage, ob dem Gesundheitsamt bekannt ist, daß in Südost auf einem Fabrikgrundstück eine Menge des gefährlichen Giftgases Whosgen lagert.

Stadtmagistrat Dr. Koniger antwortet darauf, daß dem Gesundheitsamt davon nichts bekannt ist, daß es aber sofort Ermittlungen einleiten werde.

Der Etat des Gesundheitswesens wird alsdann ebenfalls verabschiedet.

Ohne wesentliche Debatte wird auch die Genehmigung ausgesprochen für die Haushaltspläne des bebauten und des unbebauten Grundbesitzes, der allgemeinen Verwaltung, der Schulen und der Krankenhäuser.

Der Wohlfahrtsrat

Eine längere Aussprache entfesselt nur noch der Etat des Wohlfahrtsamtes, der bei einer Gesamtsumme von 13 Millionen einen Zuschuß von fast 11 Millionen erfordert.

Stadtv. Müller (Soz.) betont demgegenüber, daß man die Magdeburger Wohlfahrtspflege durchaus anerkennen müsse.

Die Kommunisten hatten ein ganzes Buquet von Anträgen zu diesem Etat eingebracht, die jedoch sämtlich der Ablehnung verfiele. Der Etat wurde angenommen.

Von der Tagesordnung abgesetzt wurden noch acht Einzelhaushaltspläne, der Gesamthaushalt und das Extrordinarium. Sie sind im Haushaltsausschuß noch nicht vorberaten und sollen in der nächsten Sitzung am 7. März erledigt werden.

Der Tag des Buches

Eine der bedauerlichsten Folgen der Nachkriegsentwicklung ist die Abwendung weiter Kreise unserer Völker, insbesondere der Jugend, von der Betätigung mit geistigen und künstlerischen Aufgaben.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, ist man von seiten des Staates, der freien Jugendpflege wie auch der Jugend selbst seit Jahren bemüht, auf die Förderung des guten Buches, einer bedeutenden Quelle geistigen Schaffens hinzuwirken, und praktische Wege zur Erhaltung und Auswertung dieses Volksgutes aufzulegen.

Es soll der 22. März, der Todestag Goethes, zu einem Tag des Buches werden.

Im Dienst der deutschen Kulturentwicklung stehen, stattgefunden. In der letzten Besprechung, Anfang Januar, wurde ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung für die Ausgestaltung eines Buchtages eingesetzt.

